

Neue Räume
in Europa?

Vom Wegfall alter und der Errichtung neuer Gre

Die Mitte Europas – neu

Anton Pelinka

Vor 20 Jahren, im Juni 1989, fanden in Polen freie Wahlen statt. Sie endeten mit einer katastrophalen Niederlage für die Kommunistische Partei. Von da weg gab es kein Halten mehr. Ein Dominostein fiel nach dem anderen, bis sich 1991 der Warschauer Pakt und am Ende dieses Jahres die Sowjetunion auflöste. Zur Verblüffung aller, die sich an die Stabilität des Ost-West-Konflikts gewöhnt hatten, zerfiel in kürzester Zeit ein System, ja eine ganze, eben die „zweite Welt“: Eine von der Sowjetunion kontrollierte Ordnung, in der Politik, Wirtschaft und Kultur einem bestimmtem Muster folgten; in dem individuelle Unfreiheit mit einem bestimmten Maß an sozialer Sicherheit Hand in Hand gingen.

Die Folge war, dass – in Variation eines Wortes von Willy Brandt – zusammenwuchs, was zusammen gehörte. Das bezog sich keineswegs nur auf die beiden deutschen Staaten. Das bezog sich auch auf den Raum, der Zentraleuropa ausmacht. Ganz Europa hatte eine Chance bekommen: die Trennung von gestern zu überwinden; aus zwei Welten, zwei Systemen eine Welt und ein System zu errichten.

Ein neues – kein altes Europa

Vor 20 Jahren begann ein Prozess, der immer wieder die „Wiedervereinigung Europas“ genannt wird. Das ist ein falscher Zungenschlag. Welches Europa sollte denn hier „wieder“ entstehen? Das Europa bestimmter nationaler Hegemonien – sei es französischer, wie am Beginn des 19., oder deutscher, wie gegen die Mitte des 20. Jahrhunderts? Oder das Europa

der ebenso antirevolutionären wie antidemokratischen Heiligen Allianz? Vielleicht das Europa der Zwischenkriegszeit, in der gerade in Zentraleuropa eine Demokratie nach der anderen Diktaturen Platz machte? Nein, was hier zusammenwuchs, bildete etwas Neues. Es geht nicht um die Wiederkehr von etwas Altem. Der Raum konstituiert sich neu – als Teil eines Europas ohne nationale Hegemonie, als Union ohne klar definiertes nationales Zentrum, das über eine ebenso klar definierte Peripherie herrschen könnte. Was vereinfacht gelegentlich „Brüssel“ genannt wird, das ist ein komplexes Puzzle, gebildet aus den verschiedensten Interessen. Das neue Europa ist ganz bestimmt nicht das Instrument eines einzigen – und schon gar nicht eines einzigen nationalen – Interesses. Das Europa der Europäischen Union

nzen

konstituiert

ist Neuland. Es wächst von unten nach oben. Die Berufung auf das Europa Karls des Großen ist zumindest missverständlich – wie auch die Beschwörung des Mittelalters und seiner relativen Homogenität. Dieses neue Europa ist das Resultat eines Konsenses. Jeder Staat ist diesem Europa freiwillig beigetreten. Dieses Europa ist, wie in den „Kopenhagen Kriterien“ von 1993 definiert, eine Gemeinschaft auf der Grundlage von pluralistischer Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft.

Jugoslawien als Warnzeichen

Die Entwicklung in Jugoslawien war und ist ein Warnzeichen, dass nicht Altes mit Neuem verwechselt werden darf. Die Transformation erfolgte im blockfreien, aber kommunistischen Jugoslawien ausschließlich in den sechs Teilrepubliken. Ab 1990 standen diese, ausgestattet mit demokratisch legitimierten Regierungen, einer nicht reformierten Struktur gegenüber: dem nach wie vor nicht demokratisierten, in den Grundsätzen der Tito-Verfassung erstarrten Jugoslawien. Daraus entstand ein Konflikt, den Jugoslawien nicht gewinnen konnte. Dass niemand ein ausreichend starkes Interesse entwickelt hatte, die Föderation zu demokratisieren, zeigte an, dass diese Föderation verloren war.

Was blieb, das war der Krieg zwischen den alt-neuen Nationalismen; das war die gewaltsame Auseinan-

dersetzung um Grenzen. Grenzen wurden neu interpretiert und neu gezogen. Die jugoslawischen Nachfolgestaaten, wie sie sich nun präsen-

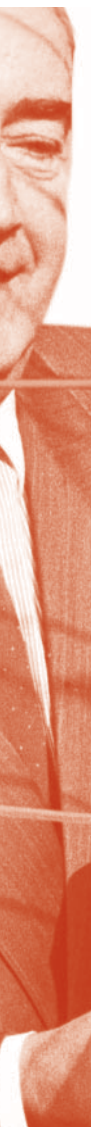
ten Gegenstand von Konflikten, die Kroatiens EU-Beitritt behindern; zieht sich durch den Kosovo eine faktische Grenze, die auch die Stadt Mitrovica



Der Radfahrer geht am Strand der Halbinsel Priwall (DE) an genau jener Stelle, an der früher der Eisernen Vorhang in die Ostsee hineinreichte. Die Halbinsel Priwall war auf der Landseite durch den Eisernen Vorhang getrennt und besaß auf der Seeseite eine Fährverbindung zu Travemünde/Lübeck.

tieren – seit 1995, dem Dayton-Vertrag, und 1999, dem Kosovo-Konflikt: Diese Welt des früheren Jugoslawiens basiert auf der Zerstückelung eines Raumes. Während im übrigen Europa ab 1989 Grenzen fielen, wurden in Jugoslawien Grenzen neu errichtet. Während im Gefolge des Schengenvertrages die Grenzen Sloweniens zu Italien, Österreich und Ungarn im Alltag nicht mehr wahrnehmbar sind, sind Sloweniens Grenzen zu Kroati-

teilt; und versucht die Republika Srpska, Teil eines formell souveränen Staates, die inner-bosnischen Grenzen möglichst undurchlässig zu gestalten. Die Wiederkehr des Alten – der nationalistischen Konflikte, der Betonung von Grenzen und von realen oder bloß konstruierten Unterschieden: Das kann am Beispiel der postjugoslawischen Konflikte studiert werden. Aber das ist, gesamteuropäisch gesehen, die Ausnahme. Die Regel ist,



dass Grenzen abhanden kommen. Im Schengenraum sind nationale Grenzen im Alltag oft unterhalb der Wahrnehmungsschwelle. Im Euroraum hat die ein- und ausgrenzende Symbolik „unseres“ Schilling („unserer“ Lira, etc.) ausgedient. Im Bolognaraum, der im Wachsen begriffen ist, entsteht ein grenzenloses Europa der Bildung und Wissenschaft.

Der Beitritt zu diesem Europa ist der Beitritt zu einem neuen – und nicht die Wiederkehr eines alten Europa. Manches freilich hat auch seine nostalgischen Züge: Die (ohnehin nur zögerlich optimierte) Verkehrsverbindung zwischen Wien und Bratislava gemahnt an die alte Straßenbahn, die einen kurzen Ausflug zum Abendessen oder zum Opernbesuch in der jeweils anderen Metropole ermöglicht hat. Und regionale Kooperationen im östlichen Österreich können sich durchaus auf Vergangenes berufen.

„Kakaniien“ neu belebt

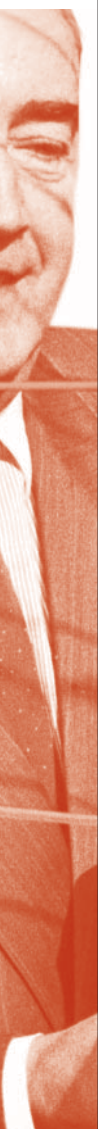
Mit dem EU-Beitritt Polens, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarns und Sloweniens ist dieser Raum seit 2004 großteils Teil der Europäischen Union. Damit ist auch der größte Teil dessen, was bis 1918 Österreich-Ungarn ausmachte, wieder in einer (unfertigen) Föderation vereint. Der Beitritt Rumäniens und der vermutlich doch bald vollzogene Beitritt Kroatiens sind ein weiterer Schritt, „Kakaniien“ in der EU neu zu beleben. Das kann und muss als Wiederherstellung eines politisch, wirtschaftlich und kulturell definierten Raumes gesehen werden. Mit dem grundsätzlich vorgesehenen Beitritt der übrigen Staaten des West-Balkans würde dann nur noch die Ukraine mit den Landestei-

len, die bis 1918 zum österreichischen Galizien und zur österreichischen Bukowina gehörten, außerhalb der Grenzen eines sich innerhalb der EU wieder konstituierenden Raumes sein. Es wäre natürlich falsch, darin den Anlass oder die Bestätigung für eine Habsburg-Nostalgie zu sehen. Jeder Versuch, Wien und Budapest – in Erinnerung an die Zeiten der Doppelmonarchie – zu Zentren auf Kosten der anderen Staaten Zentraleuropas zu machen, wäre a priori zum Scheitern verurteilt. Die Habsburg-Monarchie hat sehr unterschiedliche, ja gegensätzliche Befindlichkeiten nationaler Art zurück gelassen. Die Erinnerung an die Zeit der Doppelmonarchie ist in der nationalen Geschichtswahrnehmung Zentraleuropas verschieden. Was für die Slowakei und die Tschechische Republik, Rumänien und Slowenien vor allem eine Befreiung zur Selbstbestimmung war, das ist für Österreich und Ungarn mehr von der Perspektive des Verlustes und des Abstiegs bestimmt. Die gemeinsame Geschichte ist in diesem Raum auch und wesentlich ein Faktor, der nicht verbindet, der vielmehr trennt. Falsch wäre es auch, zu übersehen, woran Österreich-Ungarn scheiterte: an der Unfähigkeit und dem Unwillen der deutsch-österreichischen und der magyarischen Eliten, die anderen Nationalitäten – die in ihrer Summe ja die deutliche Mehrheit der Bevölkerung in der Doppelmonarchie stellten – durch Reformen zufriedenzustellen, die es ihnen ermöglicht hätten, sich mit dem Gesamtstaat zu identifizieren. Das alte Österreich-Ungarn war ein übernationaler Raum, in dem die Nationalitäten ungleich behandelt wurden.

Dieser Raum war freilich seit 1918 noch nie so verbunden und auch nie so einheitlich wie heute: Die Beteiligung am Schengenvertrag hat faktisch Grenzen aufgehoben; die Beteiligung an der Währungsunion hat schon für einige, wohl bald auch für die anderen Staaten dieses Raumes mehr und mehr für ein Stück gemeinsamer Symbolik gesorgt. Wien und Warschau, Prag und Budapest, Ljubljana und Bratislava sind einander in einem Maße nahe gekommen, das vor 1989 unvorstellbar gewesen wäre.

Zentraleuropäische Nachbarschaft

Politisch bildeten bald nach der Transformation die (damalige) ČSFR, Polen und Ungarn die sogenannte Visegrád-Gruppe. Damit hatten die Staaten Mittel-Osteuropas, die aus der Sicht der Europäischen Union und des Westens die wohl besten Voraussetzungen auf eine rasche Annäherung an und Integration in die NATO und die EU boten, sich auch als ein Raum definiert: geographisch und politisch. Die Visegrád-Staaten traten gemeinsam der EU bei. Die Gemeinsamkeiten ihrer geopolitischen und wirtschaftlichen Situation erlaubte auch einen gemeinsamen Beitritt zum Schengenraum. Alle streben auch die Mitgliedschaft in der Währungsunion an. Allerdings ist auf diesem Weg die Slowakei den anderen vorausgeeilt. Für Österreich, den einzigen Staat in diesem Raum ohne kommunistische Vergangenheit, ist diese Entwicklung von besonderem Interesse. Österreichische Banken und Versicherungen, österreichische Bau- und Industrieunternehmen nutzten die Vorteile geringer Arbeitskosten und eines über-



durchschnittlichen Wirtschaftswachstums, um in der zentraleuropäischen Nachbarschaft massiv zu investieren. Die österreichische Diplomatie bemühte sich ab 2000 – zunächst unter dem vielleicht missverständlichen Titel „strategische Partnerschaft“ – eine besondere regionale Kooperation mit seinen vier vormals kommunistischen Nachbarn und mit Polen aufzubauen. Die österreichische Wirtschaft und

rinnen der unmittelbaren Nachbarschaft. Und die seit 2007 offenen Grenzen zu den zentraleuropäischen Nachbarn werden immer wieder als Bedrohung der inneren Sicherheit wahrgenommen – und nicht als Ausdruck regionaler Gemeinsamkeit.

Grenzen alt, Grenzen neu

Grenzen gliedern Räume, Grenzen definieren Räume. Zentraleuropa

Grenzen, sondern Grenzen zwischen Räumen sind: Auf der einen Seite ein in das Europa der Union integrierter Raum, auf der anderen Seite einzelne Staaten, deren primäres Interesse ist, das Eintrittsbillet zu diesem Raum zu erwerben. Die Außengrenze der EU und damit auch des neu definierten zentraleuropäischen Raums sind Grenzen mit einem starken Gefälle – des Wohlstandes, des Status, der



Blick aus dem Grenzlandmuseum Grenzhaus in Schlagsdorf (DE) auf die Zufahrtsstraße zu den ehemaligen Grenzsicherungsanlagen



Nachbildung eines DDR-Grenzkontrollzimmers im Museum Point Alpha bei Geisa (DE), ein ehemaliger US-Beobachtungsstützpunkt an der innerdeutschen Grenze

die österreichische Diplomatie sahen Zentraleuropa als tendenziell einheitlichen Raum.

Die österreichische Gesellschaft in ihrer Gesamtheit hingegen hinkte dieser Entwicklung hinterher. Die Öffnung des Arbeitsmarktes für die neuen EU-Staaten wurde von österreichischer Seite bis zur maximalen Dauer von sieben Jahren hinausgeschoben. Slowakische oder tschechische Altenpflegerinnen werden als Ausländerinnen behandelt – und nicht als EU-Bürger-

kann heute auch deshalb als Raum angesprochen werden, weil – dank der europäischen Integration – die inneren Grenzen weitgehend an Bedeutung verloren haben. Die Freiheiten des Binnenmarktes, Schengeneuropa und die Eurozone heben Schritt für Schritt diese Grenzen auf. Was aber bleibt, das sind die äußeren Grenzen. Die Grenzen zur Ukraine, zu Serbien und zu anderen Nicht-EU-Staaten haben besonderes Gewicht, weil sie nicht oder nicht nur nationalstaatliche

gesellschaftlichen wie auch individuellen Entwicklungsperspektiven.

Diese Grenzen drücken ökonomische Ungleichheit, also ein Machtgefälle aus. Der „Eiserne Vorhang“ hatte, als besonders gesicherte und bewachte Grenze, vor allem die Aufgabe, das freie Verlassen des geschützten Raumes zu unterbinden. Die Außengrenzen des im Rahmen der EU bestehenden zentraleuropäischen Raumes haben hingegen heute die Funktion, das freie Betreten dieses Raumes

zu verhindern. Bis 1989 waren die Grenzen nach innen gerichtet, um Auswanderung und Flucht unmöglich zu machen. Der durch das kommunistische System definierte Raum war vor allem eingrenzend – auf Kosten der individuellen Freizügigkeit derer, die in diesem Raum lebten. Seither hat sich die Situation radikal verkehrt: Es geht nunmehr um die Ausgrenzung

oder auch nach Amsterdam zu einer Konferenz zu fliegen. Die Bewohner des westukrainischen Uzhgorod hingegen, von Košice nur etwa 100 Kilometer entfernt, stoßen auf erhebliche bürokratische Schwierigkeiten und müssen strenge Grenzkontrollen überwinden, wenn sie Košice besuchen wollen. Der Eiserne Vorhang hat Räume definiert. Eben das ist auch die

den baltischen Republiken mit Vor-sicht verfolgt und in Polen sorgsam beobachtet werden – aber als Teil der Europäischen Union braucht Zentraleuropa nicht mehr auf die nationalen Balancemuster von gestern zu achten. Zu achten hat Zentraleuropa jedoch auf die Warnung aus dem südosteuropäischen Raum. Die Renaissance der Nationalismen hat Südosteuropa – das frühere Jugoslawien – nach wie vor fest im Griff. Die noch nicht wirklich gelösten Existenzfragen Bosnien-Herzegowinas und des Kosovo zeigen, dass ein unkontrollierter Ausbruch nationalistischer Energien letztlich nur Zerstörung bringt; und Jahre, Jahrzehnte erforderlich sind, um die Folgen nationalistischer Gewaltexplosion zu überwinden.

Zentraleuropa ist gegenüber den Versuchen der Nationalismen nicht immun. Das haben Erfolge extrem nationalistischer Parteien in allen Staaten dieses Raums bewiesen. Aber es gibt wohl keine bessere Perspektive für die zentraleuropäischen Staaten als die Chance, als Teil eines gemeinsamen Europa weiter zusammenzuwachsen. †



Bei diesem Grenzstein in Lazaretto (IT/SI), zwischen Muggia und Koper gelegen, befand sich eine Grenzübertrittsstelle und der ehemalige Eiserne Vorhang endete im Meer.

derer, die aus vor allem sozialen Gründen versucht sind, in die europäische Wohlstandszone zu gelangen. Gerade aus dem Blickwinkel derer, die als Bürgerinnen und Bürger von Staaten des Warschauer Paktes die Periode bis 1989 und nunmehr als EU-Bürgerinnen und -Bürger die gegenwärtige Situation erleben, bedeutet dies eine Umkehrung der Betroffenheit. Die Bewohner von Košice in der Ostslowakei haben nicht die geringsten administrativen Probleme, frei und ungehindert nach Madeira zum Urlaub

Aufgabe der EU-Außengrenze.

Das demokratische Zentraleuropa ist als Raum Teil des größeren, des europäischen Raumes. Konnte man in den alten Mitteleuropa-Diskursen diesen Raum als „Zwischenraum“, als Raum zwischen den Hegemonieansprüchen Russlands und denen Deutschlands sehen, so ist eine solche Zwischenfunktion jetzt überholt: Deutschlands Ambitionen sind eingebettet in eine Union, in der deutsche Stimmen immer nur einige unter mehreren sind. Und Russlands Ambitionen mögen in

Lugmayr, M. (2002): Österreich und die EU-Osterweiterung. Maximale Chancen – Maximale Risiken. Frankfurt am Main

Ronen, D. (1997): Ethnic Conflicts, Democracy and Self-Determination in Central Europe. London

Rupnik, J. (ed., 2004): Les Européens face à l'élargissement. Perceptions, acteurs, enjeux. Paris
Skuhra, A. (ed., 2005): The Eastern Enlargement of the European Union. Efforts and Obstacles on the Way to Membership. Innsbruck

Dr. Anton Pelinka ist Professor of Nationalism Studies and Political Science an der Central European University, Budapest und Leiter des Instituts für Konfliktforschung, Wien.